tigt. Damit hat das Parlament die existenzielle Bedrohung der Weidetierhaltung durch den Wolf anerkannt. Der Aufforderung des Parlaments ist die EU-Kommission gefolgt und hat im Jahr 2023 eine Tiefenanalyse der Situation des Wolfs in Europa durchgeführt. Ende 2023 kam die Kommission in dieser Tiefenanalyse zu dem Ergebnis, dass der Wolf in Europa nicht mehr gefährdet ist, und empfiehlt daher, den Schutzstatus in der Berner Konvention abzusenken. Dieser Vorschlag zur Umstufung des Wolfs muss nunmehr vom Umweltministerrat angenommen werden, damit die EU bei der Abstimmung im Rahmen der Berner Konvention für diese Herabsetzung des Schutzniveaus stimmen kann.

Fazit: Wählen lohnt sich!

In den letzten fünf Jahren hat die Europäische Kommission einen besonderen Schwerpunkt auf das Thema Nachhaltigkeit gelegt, manifestiert durch den Green Deal. Viele Ambitionen der Kommission konnten während der Verhandlungsprozesse im Parlament eingebremst und entschärft werden. Im Falle der SUR führte dies sogar zu einer Rücknahme des gesamten Vorschlags. Mit Blick auf die Zukunft sind somit die Zusammensetzung und Mehrheitsverteilung der politischen Fraktionen im Europäischen Parlament ausschlaggebend für die zukünftige Ausrichtung der europäischen Politik. Um die Verhandlungen weiter aktiv gestalten zu können, ist es daher wichtig, dass die europäische und deutsche Landwirtschaft weiterhin Gehör und Ansprechpartner in Brüssel finden. Mit starker Kompetenz besetzte Ausschüsse für Landwirtschaft und ländlichen Raum (AGRI) sowie für Umwelt (ENVI) im Europäischen Parlament sind dafür entscheidend. Es lohnt sich also, wählen zu gehen!



Wählen lohnt sich: Das gilt auch für die Europawahl am 9. Juni 2024! Foto: Stockmotion/AdobeStock



In Deutschland findet die Europawahl am 9. Juni 2024 statt. Dann wählen die Deutschen ihre Abgeordneten für das neue Europäische Parlament. Foto: Udo Pohlmann/pixabay

Was sagen die Spitzenkandidaten zur Europawahl 2024?

Was haben die Landwirtinnen und Landwirte von den Spitzenkandidaten der Parteien zur Europawahl 2024 zu erwarten? Die dbk hat drei konkrete Fragen gestellt: Wie werden sich die Spitzenkandidaten dafür einsetzen, dass Landwirtschaft in Sachen Ernährungssicherheit ein Stabilitätsanker in Europa und darüber hinaus bleibt? Zudem haben wir gefragt, wie aus dem Green Deal und der Farm-to-Fork-Strategie ein Deal für die Landwirtschaft werden kann, der wirtschaftliche Perspektiven und internationale Wettbewerbsfähigkeit sicherstellt. Und wir haben gefragt, wie die GAP nach 2027 angesichts offener Märkte, hohen Wettbewerbsdrucks, steigender Erwartungen an gesellschaftliche Leistungen und begrenzter Haushalte weiterentwickelt werden muss, damit die europäische Landwirtschaft zukunftsfähig bleibt.





Dr. Ursula von der Leyen, CDU
Foto: Europäische Union, 2020

Unseren Landwirten ist es zu verdanken, dass wir in Europa die hochwertigsten Lebensmittel der Welt haben. Aber: Sie sind mit einem knallharten weltweiten Wettbewerb konfrontiert, hervorgerufen durch Konflikte, Kriege und den Klimawandel. Sie verdienen eine faire Vergütung. Wir haben zugehört und auf europäischer Ebene gehandelt. Beispielsweise haben wir erste Maßnahmen umgesetzt, um den Verwaltungsaufwand zu verringern. Wir haben auch dafür gesorgt, dass landwirtschaftliche Betriebe, die im Falle höherer Gewalt – beispielsweise bei Wetterextremen – nicht in der Lage sind, die GAP-Anforderungen zu erfüllen, nicht noch zusätzlich durch Sanktionen belastet werden. Wir wollen außerdem mehr Flexibilität bei der Erfüllung von Umweltbedingungen, den GLÖZ-Standards. Und wir haben vorgeschlagen, kleine landwirtschaftliche Betriebe von aufwendigen Kontrollen und Sanktionen auszunehmen. Die ersten Empfehlungen unseres strategischen Dialogs über die Zukunft der Landwirtschaft in der Europäischen Union werden in die Arbeit der nächsten Kommission einfließen. Kurz gesagt: Europa leistet seinen Beitrag. Jetzt müssen auch die Mitgliedstaaten ihren Teil beitragen, indem sie die neuen flexibleren Möglichkeiten in vollem Umfang nutzen, keine weiteren bürokratischen Hürden aufbauen und die Vorschläge zügig annehmen.

Manfred Weber, CSU
Foto: Tobias Koch



Unsere europäische Nahrungsmittelproduktion muss zu einem strategischen Eckpfeiler für Europa werden, um die eigene wie die weltweite Versorgung robust und krisenfest zu machen. Die ambitionierten europäischen Ziele des Green Deal und der Farm-to-Fork-Strategie dürfen der Ernährungssicherung nicht zuwiderlaufen. Neue Gesetzesinitiativen und Ziele der EU-Kommission dürfen nicht zum Verlust des Produktionspotentials der EU-Agrar- und -Ernährungswirtschaft führen. Dafür wäre beispielsweise ein europäischer Ernährungsgipfel sinnvoll, wo Maßnahmen und Forderungen für die Ernährungssicherheit diskutiert werden. Verfügbare und bezahlbare Ernährung ist die Basis für eine stabile Gesellschaft.
Eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Landwirtschaft ist möglich. Der Green Deal und die Farm-to-Fork-Strategie können nur gemeinsam mit der Landwirtschaft ein Erfolg werden, siehe Nahrungsmittelproduktion oder CO_2-Reduktion. Wichtige Initiativen dafür sind die aktuelle GAP, Kreislauf- und Verpackungsverordnungen, Carbon Farming und Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung im Rahmen des Green Deals. Die EVP-Fraktion hat fatale Preiserhöhungen in der EU und einen drastischen Rückgang der Lebensmittelproduktion bei der Farm-to-Fork-Strategie verhindert.
Unsere Bauern brauchen verlässliche politische und praxistaugliche Rahmenbedingungen. Wir müssen vor allem Junglandwirte für die Zukunft des Agrarberufes begeistern. Die EU-Kommission muss dafür arbeiten, die Aufrechterhaltung der Produktions-, Liefer- und Vertriebsketten jederzeit zu sichern. Dazu gehören eine grundlegende Vereinfachung und Entbürokratisierung der GAP nach 2027. Die neue GAP muss sich mehr auf neue Technologien im Sinne einer nachhaltigen Landwirtschaft konzentrieren. Ob digitale Technologien, neue Züchtungsmethoden, Agrarforstsysteme – künftige Herausforderungen brauchen eine umfassende Strategie im Bereich Präzisionslandwirtschaft und Ressourcenschutz. Ein Beispiel, wie es in Zukunft bei der Entbürokratisierung gut gehen kann, ist das von der EVP geforderte und gerade beschlossene Vereinfachungspaket für Landwirte.



Dr. Katarina Barley, SPD

Foto: Katarina Barley, SPD

Eine starke EU braucht eine starke und zukunftsfähige europäische Landwirtschaft, in der faire Löhne gezahlt werden. Alle landwirtschaftlichen Güter brauchen daher einen fairen Verkaufspreis, der die dahinterstehende harte Arbeit angemessen entlohnt und so würdigt.
Der Green Deal wird die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft voranbringen. Eine gelungene Balance aus Klima- und Umweltschutz und Produktionskapazitäten bringt Planungssicherheit für die Landwirtschaft in den kommenden Jahrzehnten. Gleichzeitig ist für die SPD klar, dass die Ziele des Green Deals und der Farm-to-Fork-Strategie wirtschaftlich sein müssen.
Daher ist es für uns zentral, dass Höfe finanziell profitieren, wenn sie ökologisch wirtschaften. So sollen bisher nicht marktfähige Güter wie der Schutz von Arten oder von Wasser berücksichtigt und entlohnt werden. Es ist unser Ziel, Landwirt:innen mit dieser Kombination der Einkommen aus Lebensmittelproduktion und Öko-Dienstleistung auf dem Weg in eine gute Zukunft zu unterstützen.
Die beschlossenen Regelungen im Rahmen der GAP-Reform schließen solche nicht marktfähigen Leistungen ein. Das ist ein guter Anfang! Dieser Weg muss nun entschieden weitergegangen werden, um die Zukunftsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft zu sichern.



Terry Reintke, Bündnis 90/Die Grünen

Foto: Nils Leon Brauer

Die europäische Landwirtschaft ist zentral für unsere Ernährungssicherheit. Dürren oder Flutkatastrophen als Folge der Klimakrise treffen sie bereits heute. Klima- und Biodiversitätsschutz, die Renaturierung von Ökosystemen sind daher essenziell. Die veränderte sicherheitspolitische Lage verdeutlicht außerdem, warum Landwirtschaft unabhängiger von Importen über zugelieferte Rohstoffe werden muss, etwa über den Ausbau der EU-Proteinstrategie.
Wir spüren die volle Wucht des Klimawandels. Unsere Ernährungssicherheit steigt, wenn die Leistungsfähigkeit der Ökosysteme auch unter diesen Bedingungen als Grundlage für gute Erträge und gesundes Essen dient.
Die EU-Agrarpolitik sollte die Landwirtschaft beim Erhalt von Biodiversität sowie beim Boden- und Klimaschutz unterstützen. Die Strategien des Green Deal zu Pestizid-, Düngemittel- und Antibiotikareduktion wollen wir deshalb gemeinsam mit den Landwirt*innen konsequent weiterverfolgen.
Die GAP muss die Vielfalt europäischer Landwirtschaftsbetriebe erhalten. Statt mit pauschalen flächenbezogenen Direktzahlungen vor allem Großbetriebe zu fördern, müssen wir finanzielle Anreize im Sinne des Klimaschutzes, der Umwelt und Biodiversität sowie des Tierschutzes schaffen. EU-Förderung muss direkt vor Ort ankommen. Planungssicherheit erhält Höfe in Dörfern, das stärkt regionale Wertschöpfungsketten. Produzenten brauchen auch endlich gute stabile Verkaufspreise.

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP

Foto: Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann



Statt immer mehr Verboten und Auflagen brauchen Landwirtinnen und Landwirte die dafür notwendigen Handlungsspielräume. Wir Freie Demokraten machen die Agrarproduktion resilienter, indem wir die Nahrungsmittelproduktion stärker mit dem Naturschutz verbinden. Dies wollen wir mit Innovationen und partnerschaftlich mit den Landwirtinnen und Landwirten erreichen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass neue Züchtungsmethoden zugelassen werden und eine Vielfalt an Wirkstoffen beim Pflanzenschutz verfügbar ist.
Viele von der EU-Kommission unter der Führung von Ursula von der Leyen (CDU) angestoßene Vorhaben bringen eine Vielzahl von Auflagen, Verboten und bürokratischen Belastungen mit sich. Wir Freie Demokraten wollen daher eine Regulierungspause. Nur durch die engagierte gemeinsame Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte mit uns Freien Demokraten auf europäischer Ebene hat Ursula von der Leyen im letzten Augenblick eingesehen, dass der EU-Kommissions-Entwurf einer Pflanzenschutzmittel-Verordnung (SUR) zurückgezogen werden muss. Wir fordern vielmehr einen Green Innovation Deal mit Zulassung neuer Züchtungsmethoden, eine Vereinfachung der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln bzw. deren Wirkstoffen auf EU-Ebene und ein Digitalisierungspaket der GAP.
Die jetzige Struktur der GAP ist viel zu komplex und kompliziert, sodass beinahe niemand mehr durchblickt. Wir wollen ein grundlegendes Update und die Landwirte unabhängiger von der Agrarförderung machen.



Christine Singer, Freie Wähler
Foto: Freie Wähler

In aktuell politisch unsicheren Zeiten bekommt die Selbstversorgung mit Lebensmitteln eine noch viel größere Bedeutung, als sie ohnehin hat (oder haben sollte!). Deshalb sollten wir auf eine vielfältige Flächennutzung setzen und keine Flächen stilllegen. Die EU muss zu einem Modell zurückkehren, in dem Produktion und Selbstversorgung von Lebensmitteln echte Grundprinzipien sind.
Wir brauchen in der GAP einen gut ausgestatten Finanzrahmen, dazu gehört auch eine für Landwirte attraktive, profitable und praktikable Gestaltung von freiwilligen Agrarumweltmaßnahmen, so dass diese zu einem soliden und verlässlichen Betriebseinkommen beitragen. Zeitgleich muss Landwirten ihre tägliche Arbeit erleichtert werden und der viel zitierte Bürokratieabbau muss endlich auf den Betrieben spürbar werden. Ich werde darauf hinwirken, dass der Bürokratieabbau auch in den Strukturen des EU-Parlaments handlungsleitend sein wird.
Sehr genau müssen wir bei Handelsabkommen und Wirtschaftsbeziehungen darauf schauen, dass bei importierten Lebensmitteln mindestens die gleichen Prozessstandards eingehalten werden, die auch innerhalb der EU gelten. Es darf nicht sein, dass wir die Anforderungen der Produktion bei uns immer höherschrauben (und damit auch teurer machen), um dann billige Nahrungsmittel aus Drittländern zu importieren, bei denen weder Sozial- noch Tierschutz- oder Umweltstandards eine Rolle spielten. Da schwillt mir als Bäuerin der Kamm.



Dr. Martin Schirdewan, Die Linke
Foto: Die Linke

In Europa haben viele auch in der Regierung vergessen, wie wichtig die heimische Landwirtschaft ist. Für Die Linke ist Landwirtschaft zentrale Daseinsvorsorge. Es macht uns große Sorgen, dass zugleich Umweltauflagen erfüllt und eine internationale Wettbewerbsfähigkeit hergestellt werden soll. Wir stellen die Frage, ob unsere Nahrungsproduktion überhaupt wettbewerbsorientiert sein muss. Ohne gute Lieferkettengesetze ist es unmöglich, dass europäische Produkte nachhaltig produziert werden, Landwirte faire Löhne bekommen und ausländische Importe nicht günstiger sind. Wir wollen die GAP so umstellen, dass die Gelder gemeinwohlorientiert vergeben und landwirtschaftliche Betriebe für ihre wichtige Arbeit gut entlohnt und nicht vom Weltmarkt erdrückt werden. Direktere Vermarktung vom Feld zum Menschen spielt dabei eine Rolle, aber auch mehr Kooperation zwischen Bauern und Kommunen. Es gibt erfolgreiche Beispiele, wo Betriebe direkt die Kantinen von Kitas beliefern und alle Seiten profitieren.
Bäuerinnen und Bauern haben 30 Jahre fehlgeleitete Agrarpolitik erlebt. Sie sind oft mit übermächtigen Lebensmittelkonzernen konfrontiert, die sie zwingen, ihre Produkte unter Erzeugerpreisen abzugeben. Wir schlagen vor, mit festgeschriebenen Abnahmepreisen eine auskömmliche Finanzierung für Bauern sicherzustellen, damit Lebensmittelkonzerne ihre Marktmacht bei der Preissetzung nicht ausnutzen.

Dr. Maximilian Krah, AfD
Foto: Europäisches Parlament



Die heimische Landwirtschaft benötigt Planungs- und Investitionssicherheit sowie wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen. Wir in der AfD wollen die deutschen Landwirte spürbar entlasten und ihnen mehr unternehmerische Entscheidungsfreiheit zurückgeben. Die vielen bürokratischen Überregulierungen sind abzubauen und finanzielle Belastungen wie die CO_2- und Agrardiesel-Steuer ersatzlos zu streichen. Wir setzen uns außerdem für eine stärkere Marktstellung der Landwirte gegenüber den Verarbeitern und vor allem dem Lebensmitteleinzelhandel ein, um faire Erzeugerpreise zu ermöglichen.
Alle vorliegenden Folgenabschätzungen zeigen deutlich, dass die landwirtschaftlichen Erträge durch den EU Green Deal um bis zu 30 Prozent einbrechen würden. Diese massiven Ertragseinbußen müssten wir dann zwangsläufig durch noch mehr Nahrungsmittelimporte aus dem Ausland ersetzen. Die deutschen Bauernfamilien sind dabei in jedem Fall die größten Verlierer und müssen mit erheblichen Einkommensverlusten rechnen. Der Green Deal ist deshalb sofort und ersatzlos zu streichen.
Die GAP ist ein unzumutbares Bürokratiemonster, welches besser heute als morgen abgeschafft gehört. Die Agrarförderung gehört vollständig zurück in die Hände der Nationalstaaten. Nur so können wir sicherstellen, dass die vielen bürokratischen Überregulierungen gestrichen werden und die Fördermittel künftig zielgerichtet und planungssicher auf den Höfen ankommen.